

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 – 311 985 202
Telefax 0214 – 311 985 200
fraktion@levspd.de
www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 10. Februar 2020

jf/F.4-016

Resolution: Umgang mit rechtsextremen Parteien im Leverkusener Rat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung:

Begründung:

Die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten durch die FDP und CDU-Fraktion mit den Stimmen der dortigen AfD-Fraktion – noch dazu unter Führung des Faschisten Björn Höcke – ist eine Zäsur im politischen Umgang mit Rechtspopulisten und –radikalen in der Bundesrepublik. Hier sind von demokratischen Parteien sehenden Auges die Schutzwälle gegen Rechtsradikalismus im parlamentarischen Kontext niedergerissen worden. Bis zu diesem Zeitpunkt bestand auf allen Ebenen Konsens darüber, dass mit den Stimmen von Anti-Demokraten kein (vermeintlich) politischer Vorteil gezogen werden darf.

Auch der Leverkusener Stadtrat handelt bisher ausdrücklich nach dem Konsens und schließt jede Zusammenarbeit und jegliche Normalität im Umgang mit Rechtsextremen aus.

Die unverzeihlichen Vorgänge in Thüringen zeigen aber deutlich, dass die demokratischen Kräfte gut daran tun stets wachsam zu bleiben und gemeinsam Garant dafür zu sein, Rechtsradikalen keinen Raum, kein Gehör und vor allen Dingen keine Macht kampfflos zuzugestehen.

Aus aktuellem Anlass fasst der Rat der Stadt Leverkusen deshalb folgenden Beschluss:

- 1. Leverkusen ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sexueller Identität sind hier zu Hause. Humanität und Solidarität in unserer Demokratie sind Grundwerte, die die Grundlage unseres kommunalen Zusammenlebens und Handelns sind. Daher gilt es eindeutig Position zu beziehen gegenüber allen nationalistischen, rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten. Rechtsextreme Parolen und Positionen dürfen in Gremien des Rates und den Bezirksvertretungen kein Gehör finden.**
- 2. Der Leverkusener Rat spricht sich ausdrücklich dagegen aus, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien ein Podium für ihre Inszenierungen zu geben. Es darf mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden und menschenverachtenden Positionen keine Diskussion geführt werden. Der Rat wendet sich gegen jegliche Normalität im Umgang mit Rechtsextremen.**

3. Der Rat lehnt daher jeden Antrag rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppierungen in seinen Gremien ab. Mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Stimmen darf weder eine Personalentscheidung noch jegliche inhaltliche Forderung durchgesetzt werden. Rechtsextreme streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss. Besonders in der Rolle des „Züngleins an der Waage“ sehen sie die Chance, sich zu profilieren. Kurzfristige politische Erfolge dürfen deshalb nicht damit erkaufte werden, dass die Feinde der Demokratie salonfähig gemacht werden. Es besteht Konsens darüber, dass dieses gemeinsame politische Grundverständnis und dieses gemeinsame Vorgehen im Umgang mit Rechtsextremen und Rechtspopulisten die Basis für eine gemeinsame politische Kultur sind.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender



Heike Bunde
Stellv. Fraktionsvorsitzende



Dirk Löb
Stellv. Fraktionsvorsitzender